

hatte ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Inneres in Berlin. Dieser Mann hatte ihm gesagt: „Die Veranstaltung, die Sie planen, wünschen wir gar nicht. Sie müssen damit rechnen, daß einzelne Leute, die dorthin gehen, strafrechtliche Konsequenzen erfahren werden.“ – Daraufhin hat Herr Widrat gesagt: „Gut, ich werde es den Leuten übermitteln, aber ich kann Ihnen nichts versprechen; diese Leute entscheiden selbst, ob sie das veranstalten oder nicht.“ – Das ist die Haltung, die wir uns gewünscht und die wir leider nur bei einigen wenigen gefunden haben. (Beifall)

Zur Frage, woher die Ermutigung kam: Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie die internationalen Kontakte angesprochen haben. Sie haben wirklich eine große und wichtige Rolle gespielt. Ich erinnere nur an die END-Konferenzen. 1983 war eine END-Konferenz – European Nuclear Disarmament – in West-Berlin. Viele Vertreter kamen aus West-Berlin nach Ost-Berlin herüber, und hier haben Kontakte begonnen, die ihre Fortführung in den nächsten Jahren fanden, was nicht nur einen Informationsaustausch, sondern auch Schutz bedeutete. Wir haben das selbst zu spüren bekommen. Als Bärbel Bohley und ich inhaftiert waren, haben viele dieser Gruppen, die wir da erst kennengelernt hatten, protestiert.

Die Haltung zu den Westmedien war in den Gruppen sehr unterschiedlich. Gleich zu Beginn der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ kam es zu einer Spaltung dieser Gruppe. Einer der wesentlichen Gründe für diese Spaltung war die unterschiedliche Haltung zu diesen Westmedien. Es gab eine Menge Gruppen, die das generell und prinzipiell abgelehnt haben. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hat das nicht abgelehnt, weil wir auf dem Standpunkt standen, daß Öffentlichkeit unser entscheidendes Mittel ist, und da war uns auch jede Öffentlichkeit recht.

Wir haben allerdings ein Stück differenziert und fanden die „Bild“-Zeitung und Löwenthal usw. nicht so gut, haben andere Medien bevorzugt. Aber im Prinzip waren wir sehr dankbar dafür, daß über die Westmedien wichtige Informationen gestreut wurden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke. Nun möchte ich Armin Mitter bitten, mit dem nächsten Podium zu beginnen.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Zunächst werden wir jetzt, wie es schon in der ersten Runde der Fall war, den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Gelegenheit geben, sich vorzustellen. Im zweiten Teil werden wir konkreter auf die politische Entwicklung in der Zeit von 1987 bis 1989 eingehen, wobei dann auch die Fragen, die schon in der ersten Runde zur Diskussion gestellt worden sind, wieder eine Rolle spielen werden.

Als erste möchte ich Frau Bohley bitten, das Wort zu ergreifen.

Bärbel Bohley: Letzten Endes ist mein Leben nicht viel anders verlaufen als das Leben aller anderen in der DDR. Vielleicht bin ich direkter an den

Geschehnissen dran gewesen, weil ich in Berlin geboren und aufgewachsen bin und immer dort gelebt habe. Ich würde schon sagen, daß Berlin die Stadt ist, die mich ganz wesentlich geprägt hat. Ich habe Berlin bereits vor 1961 als eine geteilte Stadt erlebt. Ich bin in dieser geteilten Stadt mit all ihren Problemen groß geworden.

Die Probleme nach dem Krieg waren etwa der Art: Wie lebt man in so einer zerstörten Stadt? – Für ein Kind wie mich war die Frage sehr wichtig: Wie ist diese Stadt so kaputtgegangen? Warum muß ich in Trümmern spielen? Warum sind das eigentlich meine Spielplätze?

Insofern bin ich also eigentlich sehr früh eine richtige Antimilitaristin geworden, wenn auch eine ganz kleine. Das war für mich als Kind ein ganz wichtiges Thema, wie auch der antifaschistische Widerstand, der uns in der Schule sehr früh nahegebracht wurde, für mich eine wesentliche Bedeutung hatte. Auch die Bekennende Kirche spielte in Gesprächen eine große Rolle.

Alles, was mit Widerstand zu tun hatte, war von daher sehr wichtig. Aus diesem Grunde möchte ich auch gern über die Frage sprechen, was Opposition in der DDR eigentlich bedeutete. Ich glaube, das ist hier noch völlig ungeklärt. Ich denke, daß man Opposition nicht vom Jetzt her beurteilen darf, sondern daß man das unbedingt vom Damals her beurteilen muß.

Natürlich ist Opposition in einer Diktatur etwas ganz anderes als in einer Demokratie. Dort, wo es z. B. verboten ist, einem Kriegsgefangenen ein Stück Brot zu geben, ist die Übertretung dieses Verbotes bereits ein oppositioneller Akt.

Dort ist es nicht nur Menschenliebe, sondern es bedeutet im Grunde genommen auch, das System zu überwinden. Insofern glaube ich, daß sehr, sehr viele Menschen in der DDR jeden Tag oppositionelle Akte gemacht haben. Anderenfalls hätte dieses Land 40 Jahre auch überhaupt nicht überleben können.

Selbst in Gesprächen, die man dann später mit seinem Vernehmer geführt hat, gab es dieses In-die-Augen-Gucken. Zum Schluß wußte ich über meinen Vernehmer genausoviel wie er über mich, obwohl ich ihm keine Fragen stellen konnte. Ich habe seinen Schritt gehört, habe seine Kleidung gesehen, habe gesehen, wann er aufblickte, wann er niederblickte, wie er schaute, wie er telefonierte. Ich habe ihn, glaube ich, genausogut durchschaut wie er mich, vielleicht sogar noch viel besser.

Dieses Menschliche hat also immer eine ganz große Rolle gespielt. Diese Akte des Widerstehens waren immer mit menschlichen Beziehungen oder mit Freundschaften und mit Zuneigungen verbunden. Das war sehr wichtig.

Angefangen hat mein politisches Leben eigentlich mehr im kulturellen Bereich. Ich habe ja Malerei studiert. Diese ganze Strecke – Lesungen, Freundschaften mit Leuten aus dem Kulturbereich – war für mich sehr wichtig.

Das war etwas, woran ich die Grenzen in der DDR zuerst kennengelernt habe.

Ich bin künstlerisch tätig geworden genau zur Zeit der Hochblüte des sozialistischen Realismus. Abstrakte Malerei, gegenstandslose Malerei gab es nicht. Damals war Kafka in keinem Buchladen erhältlich, Sartre, Camus gab es nicht. Das waren Menschen, die uns nicht zugänglich waren. Das war so wie in den siebziger Jahren mit Solshenizyn für die Russen.

Das war eigentlich der Boden, und diesen Bodensatz kann man gar nicht hoch genug bewerten und einschätzen. Der war überhaupt die einzige Möglichkeit, in diesem Lande zu leben, sozusagen der Humus für alle Ideen und Gedanken, die wir hatten. Das ging eigentlich uns allen so.

Von daher muß man die Zeit der DDR noch einmal in einzelne Zeitabschnitte aufteilen. Da waren natürlich die fünfziger Jahre – die habe ich nur als Kind erlebt – mit dem 17. Juni 1953, mit den Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes, mit dem, was das für die Freunde unserer Familie, die weggegangen sind, bedeutete. Da war es von großer Bedeutung, in Berlin zu leben. Ich könnte eine unendlich lange Liste von Namen derjenigen erstellen, die aus Berlin weggegangen sind, die an mir vorbeigezogen sind und von denen ich mich auch verlassen gefühlt habe. Das ging nicht nur mir so, sondern auch vielen anderen. Das hat dazu beigetragen, daß man später eine ganz besondere Haltung zu dem Problem „Ausreise und Weggehen“ entwickelt hat.

Vor diesem Hintergrund betrachtet, ist gestern hier etwas ganz Wichtiges gemacht worden, indem einmal eine Liste von Namen vorgelesen und damit sozusagen materiell gemacht worden ist, was es für die Stadt Jena und für jeden einzelnen, der hier zurückgeblieben ist, geistig bedeutet hat, daß so viele Menschen aus dieser Stadt weggegangen sind. Ich möchte jetzt nicht, wie das gestern gemacht worden ist, diejenigen erwähnen, die weggegangen sind, sondern ich möchte mich einmal bei denen bedanken, die hiergeblieben sind, denn manchmal sieht es fast schon so aus, als müßte man sich dafür schämen, hiergeblieben zu sein mit seinen Illusionen, seinen Gedanken, seinen Vorstellungen, die ja auch alle immer in der Entwicklung waren.

Ich persönlich habe also diese Entwicklung vollzogen weg von einer Frau, die, wie heute vormittag Frau Bartl berichtet hat, relativ naiv war, hin zu einer wirklich Oppositionellen. Ich bin im Jahre 1988 aus dem Westen zurückgekommen mit dem ganz starken Gefühl, daß wir in diesem Lande hier eine Opposition brauchen – und zwar eine Opposition außerhalb der Kirche, weg von diesem Dach Kirche –, daß wir offen sein müssen für die Menschen in diesem Lande. Wir waren eine atheistische Gesellschaft. Die Kirche war nur ein kleiner Teil dieser Gesellschaft. In diese geistige Verelendung, die man überall feststellen konnte, mußte ein Dialog, mußte Bewegung gebracht werden.

Ich meine, das gipfelte wirklich in dem Satz – der nicht zynisch, sondern

tatsächlich ernst gemeint war -: „Auch die Stasi will erlöst sein.“ – Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß es auch in der Staatssicherheit Leute gegeben hat, die das nicht mehr ertragen haben, daß 40 Jahre Druck, Erniedrigung und Scham, daß das, was die Gesellschaft erlebt hat, auch in den ganzen Organen und bei den Funktionären der Stasi irgendwo Spuren hinterlassen hat, daß es zu dem großen gesellschaftlichen Dialog einfach kommen mußte. Leider ist dieser große gesellschaftliche Dialog nur eine kurze Zeit lang geführt worden. Ich denke, dieser Dialog ist unterdrückt worden. Er ist immer noch notwendig. Diese Veranstaltung hier ist in meinen Augen ein Stück dieses Dialogs, wenn er auch relativ spät geführt wird. Jetzt haben wir das Jahr 1994. Es wäre schön gewesen, wenn alles etwas früher gekommen wäre. Zum Glück ist es aber nie zu spät, so denke ich jedenfalls. Insofern ist das ein Anfang.

Ich möchte mich, wie gesagt, bei denen bedanken, die uns unterstützt haben. Wir waren ja nicht so sehr von unserem eigenen Selbstverständnis her Oppositionelle, sondern wir sind wie Oppositionelle behandelt worden. So hat uns der Staat behandelt, so hat uns die Gesellschaft zum Teil behandelt. Ich kenne die Berührungsgängste, die es einfach gab. Das spürte ich etwa im Verband Bildender Künstler, wenn jemand mir die Hand gegeben hat. Auch habe ich erlebt, daß ich keine Aufträge mehr bekommen habe und zusehen mußte, wie ich trotzdem überlebe. Das alles war also nicht einfach.

Es gab immer wieder diese Zeichen von Solidarität, z. B. von seiten der Eltern. Ich sehe hier etwa die Eltern von Roland Jahn. Ich denke schon, es bedeutet für sie sehr viel, daß sie heute hier sind, um an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Wenn ich von Zeichen der Solidarität rede, dann denke ich auch daran, daß unsere Kinder miterlebt haben, wie in der Wohnung ihrer Eltern Hausdurchsuchungen gemacht und die Eltern festgenommen wurden, daß sie aber auch miterlebt haben, daß Freunde da waren, die sich um sie gekümmert haben. Das waren Menschen, die uns das überhaupt möglich gemacht, die uns also auch diesen geistigen Raum gegeben haben, in dem wir uns entfalten konnten.

In diesem Zusammenhang müssen natürlich unbedingt die Kontakte zum Westen erwähnt werden. Das ist hier auch schon gesagt worden. Ich nenne hier noch einmal Roland Jahn und Jürgen Fuchs sowie viele Freunde bei den Grünen. Für mich persönlich erwähne ich hier natürlich ganz besonders Petra Kelly. Es gab auch Kontakte zu anderen Parteien, aber die Zahl dieser Kontakte war bedauerlicherweise sehr gering, wie das überhaupt eigentlich immer mehr menschliche Kontakte und nicht so sehr Kontakte zu den Organisationen waren. Hier sind auch die Grenzen zu sehen, die Opposition hatte. Die Grenzen bestanden darin, daß es diese Kontakte nicht gegeben hat, daß diese Auseinandersetzung nicht geführt wurde. Vielleicht können wir also

auch noch einmal über die Frage sprechen, wo die Grenzen der Opposition lagen.

Für mich selbst kann ich nur noch einmal sagen, daß ich diese Entwicklung vollzogen habe weg von einem ganz bescheidenen Oberschulmädchen, das einfach nur sagt: „Ich verstehe nicht, warum das eigentlich so ist“, hin zu einer Frau, die sagt: „Hier muß etwas passieren, und dafür nehme ich auch den Knast hin.“ – Ich erinnere mich noch daran, daß ich in der Zeit, als wir das „Neue Forum“ gegründet haben, mit Katja Havemann auf deren Terrasse gesessen habe und wir gesagt haben: „Uns ist schon klar, daß in diesem 'Neuen Forum' auch sehr viele Leute aus der Stasi tätig werden. Wer weiß, wer alles morgen hier erscheinen wird. Aber wir müssen etwas machen. Dieses Land muß in Bewegung kommen, weil es einfach am Ersticken ist.“

Diese Bewegung war nicht mehr von außen zu bewirken, weil, wie ich glaube, sich die westlichen Parteien und die Politiker auf das Spiel eingestellt hatten. Ich habe auch nicht gesehen, daß es innerhalb der SED Reformer gegeben hat. Solche Reformer sind ja auch nicht aufgetaucht. Es lag also wirklich an uns selber. Wir haben es einfach gemacht.

Da möchte ich uns auch nicht klein machen, sondern immer wieder sagen, daß wir die wichtigsten Leute gewesen sind, wobei wir natürlich Unterstützung von sehr vielen anderen hatten, was man einfach nicht vergessen darf.

Wir haben auch Fehler gemacht. Darüber muß man sprechen und auch darüber, warum wir diese Fehler gemacht haben, warum wir etwa nicht gesagt haben: „De Maizière, nun mal einen Schritt beiseite! Jetzt sind wir da, und wir verhandeln mit Herrn Kohl!“ – Daß wir das nicht gesagt haben, war ein Fehler, den hat die gesamte Opposition gemacht. Darüber, warum dieser Fehler gemacht worden ist, muß man einfach reden.

Ich halte es auch für ganz wichtig, daß über die Folgen dieser Fehler geredet wird. Es ist etwa zu fragen, welche Richtung eingeschlagen worden ist, weil diese Fehler gemacht worden sind, und wie diese Fehler korrigiert werden können.

Eine weitere Frage, die mich noch interessiert, lautet, wie den Menschen, die hier in der Opposition waren – es sind ja nicht nur ein paar Vorzeige-Oppositionelle, so fühlt man sich ja, sondern es sind die vielen, vielen, vielen, die ihre Arbeit verloren haben, die nicht Karriere gemacht haben, und zwar ganz bewußt nicht –, Gerechtigkeit widerfahren kann. Das ist meine Forderung. Ich denke, deshalb sitzen wir eigentlich auch hier.

Markus Meckel, MdB: Ich stamme aus einem evangelischen Pfarrhaus, das von der Tradition der Bekennenden Kirche geprägt war.

Als meinen geistigen Raum in meiner Jugend würde ich neben der Musik die evangelische Jugendarbeit nennen, die mir wichtig war und die mich ausfüllte. Hier ist unter anderem das Evangelische Jungmännerwerk zu erwähnen,

das sich von Anfang an insbesondere auch um Wehrdienstverweigerer gekümmert hat. Viele wissen nicht, daß das Jungmännerwerk auch Kontakte weitervermittelt hat zu Deutschen in Karaganda, also in die Sowjetunion, mit dem Ziel, Bibeln und andere Dinge mehr dorthin zu schaffen. – Dies war neben vielen Jugendrüstzeiten und dem Posauneblasen ein Hintergrund meiner Kindheit und Jugend.

1968 war dann für mich der „Prager Frühling“ sehr wichtig. Wir alle schauten mit Spannung dorthin, und zwar sowohl vor dem August als auch mit Schrecken im August. Für mich war das der Anfang eigenen politischen Verhaltens.

Zu meinem eigenen Erstaunen konnte ich damals die Erweiterte Oberschule besuchen. Diese Schule mußte ich 1969 aber verlassen. Ich bin dann in eines der vorhin schon angesprochenen kirchlichen Seminare gegangen. Bei mir war es das in Potsdam-Hermannswerder. Dort habe ich das Abitur abgelegt, das allerdings nur innerhalb des kirchlichen Raumes anerkannt war und lediglich zum Theologiestudium berechnete.

In den siebziger Jahren waren verschiedene Dinge wichtig. Ich habe in der Zeit zunächst an der Kirchlichen Hochschule in Naumburg und später am Sprachenkonvikt in Berlin studiert. Dazu kann ich manches jetzt nur in Stichworten sagen.

In der evangelischen Studentengemeinde in Berlin habe ich als Vertrauensstudent Bettina Wegner eingeladen und versucht, eine Lesung mit Klaus Schlesinger zu veranstalten, was die Stasi allerdings verhindert hat. Wir hatten einen Club von Theologiestudenten aus verschiedenen Sektionen und kirchlichen Ausbildungsstätten. Die Mitglieder dieses Clubs trafen sich schon seit Ende der sechziger Jahre. Ab 1973 habe ich es übernommen, das zu organisieren. Daraus hat sich eine Fülle von Kontakten mit Theologen in anderen Städten ergeben. Im Jahre 1978 schrieben wir Briefe an kirchliche und staatliche Behörden gegen die Einführung des Wehrunterrichts. Neben der theologischen und theoretischen Beschäftigung, die bei uns durchaus im Mittelpunkt stand, hat auch die Kommunikation zwischen Universitäten eine große Rolle gespielt, bei der es um die Folgen der Hochschulreform und die Frage ging, wie sich Theologen verhalten sollten.

In diesen Jahren habe ich auch an dem von Hans Misselwitz vorhin schon erwähnten Hauskreis teilgenommen, der sich bei ihm traf. Das wohl Wichtigste in dieser Zeit war dann aber die theoretische Arbeit im Theologiestudium.

Im Jahre 1974 habe ich Martin Gutzeit kennengelernt. Diese Verbindung hat die weitere Arbeit ganz wesentlich geprägt. Wir haben uns in unseren eigenen Arbeitskreisen beschäftigt mit der Philosophie von Aristoteles und Plato, mit der mittelalterlichen Philosophie bis hin zum deutschen Idealismus, haben uns mit den Neomarxisten nur wenig befaßt und hatten in dieser

Frage z. B. mit Edelbert Richter und den Naumburgern, mit denen wir uns in Arbeitskreisen trafen, Kontroversen, weil wir der Meinung waren, daß Marx Hegel nicht richtig verstanden hat. Wir führten Diskussionen über Rechtsphilosophie, in denen hinsichtlich der Einschätzung von Staat und Recht, von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung usw. Fragestellungen eine Rolle spielten, die uns später zur Parteigründung geführt haben. Von großer Bedeutung für viele in unserer Generation war dann die Ausweisung Biermanns. Zu diesem Zeitpunkt fingen wir an, zum einen das gesamte „Kapital“ von Karl Marx zu lesen, und zum anderen – das zog sich auch noch über die folgenden Jahre hin –, in einer kleinen Gruppe Schriften zu vervielfältigen und zu verteilen, z. B. die „Gedächtnisprotokolle“ von Jürgen Fuchs, die Vorträge von Bahro oder eben „Die wunderbaren Jahre“ von Reiner Kunze. Das haben wir dann unter die Leute zu bringen versucht. Das alles ging wahnsinnig konspirativ zu. Wenn man das aus heutiger Sicht betrachtet, klingt das ein bißchen komisch; aber so war es eben. Wir waren damals vier Leute, nämlich Martin Gutzeit, mein Bruder Hans Martin – der übrigens dann später bei mir im Ministerium war, und zwar nicht deshalb, weil er mein Bruder ist, sondern deshalb, weil er zu den wenigen Leuten gehörte, denen ich politisch vertraute und von denen ich glaubte, daß sie politisch etwas können –, Matthias Reichelt und ich. Absolutes Vertrauen war die Grundlage solcher Arbeit.

Ich mache jetzt einen Sprung in die achtziger Jahre. Ich war damals Vikar. In der Berlin-Brandenburgischen Kirche konnte ich nicht arbeiten, weil die Kirchenleitung etwas dagegen hatte. Deshalb bin ich in den achtziger Jahren nach Mecklenburg gezogen, wohin mir Martin Gutzeit später folgte.

Die politische Arbeit geschah in Mecklenburg in verschiedenen Kommunikationszusammenhängen. Seit Anfang der achtziger Jahre hatten wir einen Friedenskreis in Vipperow, der sich in der Zeit von 1982 bis zum Ende der achtziger Jahre vierzehntägig traf. In Mecklenburg schufen wir eine „Arbeitsgruppe Frieden“ gemeinsam mit Heiko Lietz – der heute leider nicht hier sein kann –, in der wir das häufig spannungsreiche Verhältnis zur Kirchenleitung aufzufangen versuchten. Für Mecklenburg jedenfalls war das eine relativ günstige Lösung. Ende der achtziger Jahre wurde ich dann Delegierter der Ökumenischen Versammlung, von der in früheren Anhörungen hier schon die Rede war.

Besonders wichtig war der Aufbau von Kommunikation zwischen den Oppositionsgruppen, ihre Vernetzung. Als Beispiel dafür nenne ich das Delegiertentreffen „Frieden konkret“, das es seit Anfang 1983 gab. Die Verbindlichkeit des Umgehens miteinander und das Schaffen von Strukturen, das sehr umstritten war, hatte für die politische Arbeit eine große Bedeutung. (Beifall)

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Ich möchte ganz kurz die Hinführung zu dem

beschreiben, was dann die Aktion des Kreises „Absage an Praxis und Prinzip der Abschreckung“ gewesen ist.

Ich bin Jahrgang 1938. Meinen Eltern verdanke ich alles. Mein widerständiges Verhalten reicht zurück bis in die Schulzeit. Wegen günstiger Umstände konnte ich ab 1956 Physik studieren. Während des Studiums war für mich ein kleiner Gesprächskreis mit einigen Verfolgten des Stalinismus wichtig, der vor dem Bau der Mauer in West-Berlin noch möglich war. Es handelte sich dabei um vier Leute, von denen wir erfuhren, was hinter den Stacheldrahtzäunen des Archipel Gulag vor sich gegangen ist.

Seit 1968 bin ich Mitglied des Gemeindegemeinderats der Bartholomäus-Gemeinde. Das Leben in dieser Gemeinde war für mich und für meine Familie – ich bin verheiratet und habe drei Kinder – extrem wichtig. In der Zeit von 1977 bis 1990 war ich Mitglied der Synode Berlin-Brandenburg. Zu der Kirchenschelte möchte ich hier einmal feststellen, daß ich meiner Kirche sehr viel verdanke, und zwar ein erfülltes und befreites Leben, Freiheit und Aktion, die ich dort gefunden habe.

Der Zugang zu dieser Tätigkeit bestand darin, daß meine Freunde und ich, zu denen ich nachher noch etwas sagen möchte, von unserer Kirche wollten, daß sie in einem recht verstandenen Sinne nicht politisch oppositionell werden, sondern daß sie zur Wahrheit finden, die Wahrheit sagen sollte. Dies war der Zugang, der uns schließlich dazu geführt hat, auch politische Opposition zu werden. (Beifall)

Carlo Jordan, MdA: Ich bin Jahrgang 1951, geboren in Berlin. Meine ersten Erinnerungen sind Stadtlandschaften in Form von Ruinenfeldern. Ich habe West-Berlin wie Ost-Berlin gleichermaßen kennengelernt. West-Berlin war für mich eine andere Welt, aber es war damals für mich nicht eine unerreichbare Welt. Auch im Osten gab es für mich damals interessante Punkte, z. B. das Zentralhaus der Jungen Pioniere. Ich muß sagen, daß ich auch dorthin gern gegangen bin.

In der Schulzeit später bin ich nicht zu den Pionieren, sondern in die Christenlehre der Samariter-Gemeinde gegangen und habe dort, aber erst viel später unter dem Einfluß der Studentenbewegung und der Ideen von Rudi Dutschke, den Weg durch die Institutionen angetreten, habe wieder begonnen, mich in dem vorgegebenen DDR-Rahmen zu engagieren. Ich bin in die FDJ eingetreten und habe mich dann während des Ingenieurstudiums in der Zeit von 1969 bis 1972 in Absprache mit unserem damaligen Diskussionszirkel, den wir intern hatten, dafür ausgesprochen, daß wir doch einmal versuchen sollten, eine Studentenvertretung zu etablieren. Ich habe mich innerhalb der FDJ als Sekretär für Wissenschaft aufstellen lassen und war in der Zentralen FDJ-Leitung des größten Berliner Baubetriebes, nämlich im Ingenieurhochbau Berlin, einige Zeit Sekretär für Wissenschaft.

In dieser Zeit habe ich mich als Studentenvertreter verstanden und Anträge

eingebraucht. Im Jahre 1972 hatte die DDR-Volkskammer ein Gesetz erlassen, nach dem Absolventen der Ingenieurschulen mit Kriminellen gleichgestellt werden sollten, indem sie eine dreijährige Arbeitsplatzbindung in Kauf nehmen sollten. Ich habe dagegen als Studentenvertreter Anträge eingebracht. Diese Anträge wurden immer abgebugelt, oder es ergab sich zumindest eine Atmosphäre, in der gesagt wurde: „Wenn du ständig mit deinen Anträgen kommst, dann kommen wir nie zu Ende und sitzen dann noch stundenlang in dieser Leitungssitzung.“ – Das war für mich eine unmögliche Situation, und ich bin noch im Laufe der Legislaturperiode zurückgetreten, was einen großen Knall gab, weil ich gesagt habe, die FDJ mache nichts gegen die Gleichstellung von Absolventen der Ingenieurschulen mit Kriminellen. Das war ein Punkt, der mich noch lange verfolgte, der mir auch bei der Arbeit im Ingenieurhochbau immer anhing.

Als ich dann als Bauingenieur, als Bauleiter begann, habe ich mich geweigert, drei Jahre lang dort zu bleiben, habe gesagt, ich bliebe nur ein Jahr, schlosse noch die drei Bauten ab, und dann wollte ich aus dem Betrieb hinaus. Ich bin hart diskriminiert worden, durfte nicht mehr das Betriebsgebäude betreten, saß auf einer Baustelle mit einem Mann, der Opfer des Nationalsozialismus war, und mit einem Meister.

So begannen bei mir kleine Widerstandshandlungen. Allerdings muß ich sagen, daß das auch schon an der Ingenieurschule begonnen hatte. Das Studium nahm seinen Anfang mit einer Militärausbildung. Ich akzeptierte nicht, daß mir bei dieser Militärausbildung von irgendwelchen Leuten willkürlich ein Wille aufgezwungen wurde. Noch zu groß war die Erinnerung an die Ruinenfelder und an das unermeßliche Leid in mir, um mich dem nicht zu widersetzen. An der Ingenieurschule hatte ich auch ständig Aussprachen mit dem Fachrichtungsleiter. Das ging ungefähr so: „Herr Jordan, warum haben Sie so lange Haare? 1968 in Prag hat das genauso begonnen. Das wollen wir hier doch nicht.“

Jedenfalls hatte ich nach diesem kurzen Intermezzo mit den Ideen von Rudi Dutschke, den Gang durch die Institutionen anzutreten, ein für allemal die Erkenntnis gewonnen, daß in der DDR nur etwas von außen her und durch das Schaffen eigener Institutionen zu ändern ist.

Das erste, was wir gemacht haben, war dann, in einem Kreiskulturhaus wie diesem hier den Arbeiter-und-Studenten-Club zu gründen. Das fiel genau in die Zeit, in der Erich Honecker die Macht übernahm und im kulturellen Bereich bis zu den Weltjugendfestspielen einige Freiheiten gegeben waren. Wir konnten zunächst einmal relativ frei damit beginnen, dort einen Diskussionszirkel abzuhalten. Das ging aber nur bis zu den Weltfestspielen. Danach war in unserem selbstverwalteten Club plötzlich wieder Schluß. Jedes Bild, jede Diskussion mußte genehmigt werden. Wir haben diese Arbeit dann selbst abgeschlossen und dort nicht mehr weitergemacht.

Eine wichtige Sache bei diesem oppositionellen Handeln wurde für mich die Erkenntnis, daß man sich einerseits in konspirativen Gruppen vorbereitete und daß man andererseits immer versuchte, sich bestimmte Möglichkeiten in der Praxis, praktische Freiräume, zu erhalten.

Wie Rudi Molt schon berichtet hat, haben wir dann Vorträge über Selbstverwaltung gehalten. Dabei bin ich auf einen ganz interessanten Zusammenhang gestoßen, nämlich auf den, daß in der DDR ein fundamentaler Widerspruch zwischen der Sucht nach äußerer Anerkennung und der inneren Abschottung bestand. Wir haben damals einfach die jugoslawische Botschaft eingeladen, und die sind gekommen. Vorher erhielt ich etliche Anrufe, und mir wurde gesagt: „Herr Jordan, Sie müssen das absagen. Das ist gar nicht genehmigt. Das können Sie nicht machen.“ – Darauf habe ich geantwortet: „Ich kann doch nicht sagen, daß die Darstellung der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien in der DDR, also in einem sozialistischen Land, verboten ist. Das müßten Sie dann schon machen.“ – Später bekam ich dann einen Anruf, in dem mir gesagt wurde, daß wir die Veranstaltung durchführen könnten; aber danach wurde dieser Club sofort geschlossen. Die Menschen, die den Club aufgebaut hatten, mußten die Schlüssel abgeben. Wieder ein Projekt war damit gestorben.

In den kleinen konspirativen Zirkeln haben wir uns zielstrebig mit Problemen beschäftigt, die später wichtig werden sollten. Wir haben z. B. schlicht und einfach auch einmal Vernehmungstechniken studiert, die von Kriminalisten und von Geheimdienstbeamten angewendet werden, und haben uns diese Techniken eingeprägt. Das sollte dann im Jahre 1976 von großer Bedeutung werden, als ich im Zusammenhang mit dem Freitod von Pfarrer Brüsewitz verhaftet wurde, mich bei den Vernehmungen – aufgrund der Kenntnis der Vernehmungstechniken – an nichts mehr erinnern konnte und wieder auf freien Fuß kam. Die Folge allerdings war, daß ich die Charité – wo ich zu dieser Zeit Bauleiter war und damit für ein Projekt mit immerhin 100 Handwerkern Verantwortung trug – von einem Tag auf den anderen nicht mehr betreten durfte. Die Charité, so wurde mir von meinem Hauptabteilungsleiter Dummer – Genosse Dummer, wie er hieß – erklärt, sei Grenzgebiet. Ich sei jetzt dort ein Sicherheitsrisiko und dürfte die Charité nicht mehr betreten.

Das ging so weiter. In den achtziger Jahren sind viele Ansätze, die wir insbesondere mit der internationalen Einbindung unseres oppositionellen Wirkens in den siebziger Jahren entwickelt hatten, erst richtig entfaltet worden. Wichtig war Anfang der achtziger Jahre das Engagement für „Friedensverträge von unten“. – Ich hatte da einmal für den Pfarrer Passauer einen kleinen Forschungsauftrag. Diese „Friedensverträge von unten“ wurden in der Regel zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen abgeschlossen und dann beim Bund der Evangelischen Kirchen hinterlegt. Ich habe nie wieder etwas davon gehört, was aus dieser Sammlung geworden ist. Es gab nie eine

Veröffentlichung. – Dies als ein Beispiel für blockübergreifendes Handeln darf nicht verlorengehen.

In den achtziger Jahren habe ich nicht mehr beim Staat gearbeitet, nachdem ich konsequenterweise im Jahre 1979 ausgestiegen war. In den zehn Jahre bis zur Wende habe ich überwiegend im künstlerischen und im kirchlichen Bereich gearbeitet, habe z. B. bei Markus Meckel Kirchtürme restauriert, habe an der evangelischen Hochschule in Potsdam Philosophie und Literatur unterrichtet und war von 1986 bis 1989 Bauleiter bei der Zionskirche. Diese kirchliche Arbeit war für mich auch insofern sehr wichtig, als ich dort Ausdrucksmöglichkeiten fand, soziale Erfahrungen machen konnte und natürlich einen gewissen Freiraum hatte. Das Engagement an der Zionskirche ermöglichte auch die Etablierung der Berliner Umweltbibliothek.

Die Tätigkeit als Baumensch in kirchlichen Zusammenhängen brachte es mit sich, daß man ständig durch die DDR reiste und dabei leicht auch Kontakte zu den verschiedensten Gruppen pflegen konnte. Deshalb meine ich, daß das Verhältnis zur Kirche auch einmal unter dem Gesichtspunkt genau untersucht werden muß, daß dann, wenn es diesen Freiraum, diesen Proberaum für uns nicht gegeben hätte, viele unserer Aktionsformen nicht möglich geworden wären. Auf der anderen Seite muß man sagen, daß wir dort auch gedämpft worden sind.

Abschließend möchte ich noch auf die internationalen Kontakte eingehen und dabei die Tatsache hervorgehen, daß ab Mitte der achtziger Jahre, insbesondere ab 1986/87, die Ostverbindungen immer wichtiger wurden. Wir haben als Akteure in der Ökologiebewegung dann zunehmend mit den Umweltbewegungen in Polen, im Baltikum, in Ungarn zusammengearbeitet, haben über die Zusammenarbeit im grünen Netzwerk „Greenway“ auch den Kontakt hergestellt zu den breiten Bürgerbewegungen, die im Jahre 1989 im Baltikum entstanden waren und die für uns hinsichtlich der Strukturvorschläge bis hin zu Parteibildungen eine Ermutigung darstellten, welche viel stärker war als die, die wir Anfang der achtziger Jahre aus dem Westen bekommen hatten. (Beifall)

Gerd Poppe, MdB: Wie Hans-Jürgen Fischbeck bin auch ich Physiker, bin allerdings seit 18 Jahren – genau seit der Biermann-Ausbürgerung – nicht mehr in dem Beruf tätig.

Im Gegensatz zu Hans-Jürgen Fischbeck möchte ich einen Tag aus meiner Schulzeit erwähnen. Im Jahre 1953 gab es außer dem 17. Juni noch einen anderen sehr wichtigen Tag. Das war der 5. März, Stalins Todestag. Ich kann mich an Freudenkundgebungen unter einigen Schülern, zu denen auch ich gehörte, erinnern. Stalin war ja überall. Er hing in jedem Klassenzimmer, er war in jedem Schulheft abgebildet, er war ein Symbol für den totalen Anspruch des Staates uns Schülern und überhaupt den Menschen gegenüber. Das ist wohl der Ausgangspunkt für meine spätere Biographie gewesen.

Wie kommt man zur Opposition? – Heute früh fiel der Begriff „Identität des Individuums“. Diese Identität muß natürlich immer wieder verteidigt und neu erobert werden. Dazu möchte ich einen Satz von György Konrád zitieren, der mir sehr wichtig ist. Er sprach nämlich von der Dialektik von Autonomie und Solidarität. Ich denke, auch das ist ein Kennzeichen für die ganz spezifische Art von Opposition in der DDR und in den anderen ostmitteleuropäischen Ländern.

Das Wichtigste innerhalb meiner Biographie ist, daß mir eines Tages die Einsicht kam, handelnde Person und nicht immer nur Opfer der Umstände sein zu wollen. Das war eigentlich die entscheidende Erkenntnis, die man sich selbst verschaffen mußte.

Es gibt vieles in meiner Biographie, was so ähnlich ist, wie es andere schon berichtet haben, nämlich etwa die große Bedeutung des Jahres 1968, und zwar sowohl hinsichtlich dessen, was vom Westen kam, wie auch hinsichtlich dessen, was in Prag geschah. Es war auch meine erste öffentliche Protesthandlung, am 21. August 1968 in die Prager Botschaft zu gehen und dort ein Protestschreiben abzuliefern. Dieses Jahr war tatsächlich ein ganz wichtiger Einschnitt.

Mehrmals ist auch schon über die linken konspirativen Zirkel berichtet worden. Natürlich habe auch ich in solchen Zirkeln mitdiskutiert. Interessanterweise ist der OV, der über uns angelegt worden ist, mit dem Namen „Zirkel“ versehen. Das war im übrigen zu einem Zeitpunkt, als ich diese Konspiration schon lange aufgegeben und überhaupt keine Ambitionen mehr hatte, in solchen Zirkeln mitzuwirken.

Erwähnen möchte ich jetzt noch das halbe Jahr bei den Bausoldaten, was mir angetan wurde, als ich schon 34 Jahre alt war. Es gab in der Zeit zwei Jahrgänge, die als Reservisten ein halbes Jahr eingezogen worden sind. Später hat man sich von dieser Praxis wieder verabschiedet.

Opposition und Widerstand in der DDR waren in den sechziger und siebziger Jahren etwas ganz anderes als in den achtziger Jahren, und zwar auch nach dem, was wir gestern gehört haben. Es waren ja doch im wesentlichen Einzelpersonen, die man als Oppositionelle bezeichnen konnte, etwa Robert Havemann, Wolf Biermann, Bahro und auf eine ganz andere Weise Pfarrer Brüsewitz.

Für mich waren in diesen Jahren die persönlichen Beziehungen immer sehr wichtig, z. B. zu Havemann und Biermann, wobei diese Beziehungen – im Falle von Robert Havemann bis zu dessen Tod – für mich prägend geblieben sind. Havemann hat sich ja auch sehr weit in Richtung Friedensbewegung begeben und dort ganz wesentliche Impulse für das ausgelöst, was wir in der DDR dann „unabhängige Friedensbewegung“ nannten.

Ich habe bereits gestern schon einmal anzudeuten versucht, daß es einen

wesentlichen Einschnitt gegen Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre gegeben hat, und zwar durch die Solidarnosc. Im Unterschied zu Ihnen, Herr Professor Jacobsen, ist für mich die Solidarnosc der ganz entscheidende Wendepunkt in der Geschichte und nicht Gorbatschow. (Beifall)

(Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Einer von mehreren!)

Gegen Ende der siebziger Jahre haben wir eingesehen, daß die Tätigkeit in Zirkeln überhaupt nichts brachte. Wir hatten den Massenexodus von Intellektuellen, Künstlern, Schriftstellern nach der Biermann-Ausbürgerung vor Augen. Dieser Substanzverlust war entsetzlich. Ich habe zwei Generationen meiner Freunde allein durch Ausreisen verloren. Für uns hieß das, daß wir, wenn wir nicht wollten, daß alles ewig so weitergeht, auf eine andere Weise handeln mußten, nicht mehr in konspirativen Zirkeln, die völlig ineffektiv waren. Für uns hieß das, daß wir an die Öffentlichkeit mußten, eine eigene Gegenöffentlichkeit oder so etwas wie Parallelstrukturen – auch dies ein Begriff, der von den Ostmitteleuropäern zu uns herüberschwappte – schaffen mußten.

Dies haben wir dann gemeinsam mit den auf ähnliche Weise emanzipatorisch und pazifistisch eingestellten Christen in der Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre gemacht. Ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der DDR-Opposition und die ganz spezifische Art von DDR-Opposition im Unterschied zu der in allen anderen mitteleuropäischen Staaten war diese Kombination von so etwas wie DDR-68ern einerseits und christlichen Pazifisten andererseits. Eine solche Kombination hat es in keinem anderen Land gegeben. Wir haben tatsächlich sehr viel voneinander gelernt, und zwar sowohl über Dialogformen als auch, entsprechend unserer jeweiligen Vorprägung, über die Möglichkeiten politischen Handelns in der DDR. Ich glaube, daß diese besondere Art der Zusammensetzung der Gruppen der frühen achtziger Jahre als Ausgangspunkt für die DDR-Opposition anzusehen ist. Für mich ist in dieser Zeit die blockübergreifende Friedensbewegung wichtig gewesen; Ulrike Poppe hat vorhin auf sie schon hingewiesen. Vor allem im Zusammenhang mit den END-Konferenzen gab es noch zahlreiche Begegnungen. Es gab natürlich auch die Versuche, die Kontakte nach Osten hin zu entwickeln bzw. aufrechtzuerhalten.

Unser Anspruch war, die Veränderungen nicht ausschließlich im eigenen Lande herbeizuführen, sondern darüber hinaus auch einen globalen und europäischen Anspruch umzusetzen, wobei für viele von uns die Länder östlich von uns eine besondere Rolle spielten, schon deshalb, weil sie zum Teil sehr ähnliche Bedingungen hatten.

Es gab in dieser Zeit interessante Aktionen der blockübergreifenden Friedensbewegung, z. B. im Jahre 1985 die „Initiative für Blockfreiheit“, eine Überkreuzaktion, mit der sich die westliche Friedensbewegung bzw. ein Teil von ihr – auch Grüne und SPD-Mitglieder waren dabei – in einem Brief an

den Obersten Sowjet und wir uns mit einem fast gleichlautenden Text an den amerikanischen Kongreß wandten. Eine weiteres Beispiel war ein Jahr später das Memorandum zur KSZE-Nachfolgekonferenz 1986 in Wien. Das war der erste gelungene Versuch, Basisgruppen aus allen KSZE-Staaten an einem gemeinsamen Text zu beteiligen. Das stand im Gegensatz zu früheren Unterschriftenaktionen, bei denen uns von Freunden aus dem Westen immer etwas vorgelegt wurde mit der Frage, ob wir das auch so sähen.

Das waren sehr interessante Projekte, die seinerzeit von uns unterstützt wurden. Ich will mit dem Jahr 1985/86 erst einmal schließen. Über die nachfolgenden Jahre werden wir ja noch ausführlicher reden können.

In der Zeit danach war für mich insbesondere die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, an der ich teilgenommen habe, wichtig. Ich bin in dieser Gruppe geblieben, solange sie existiert hat, und ich habe für diese Gruppe auch am Runden Tisch gesessen.

Jetzt noch etwas, was Ulrike Poppe vorhin vergessen hat: Es waren ja nicht immer politische Ambitionen, die uns zu einem bestimmten Handeln führten. Beispielsweise haben wir im Jahre 1980 in der Husemannstraße in Ost-Berlin einen Kinderladen gegründet, und zwar einfach deshalb, weil wir unsere Kinder nicht dem Erziehungssystem der DDR ausliefern wollten. Wir haben uns mit Gleichgesinnten, das heißt mit Leuten, die gleich alte Kinder hatten, zusammengesetzt und haben das trotz aller Androhungen tatsächlich über gut drei Jahre durchgehalten, bis dieser Kindergarten schließlich Ende 1983 durch eine Staatssicherheitsaktion zerstört worden ist.

Andere Aktivitäten waren literarische Lesungen in unserer Wohnung oder auf Grundstücken von Autoren, die in der DDR nicht oder jedenfalls bestimmte Werke nicht veröffentlichen durften. Auch dies lief über zwei bis drei Jahre sehr kontinuierlich. Es sind solche Dinge gewesen, an denen man persönlich beteiligt war, die den späteren politischen Weg mit vorgeprägt haben. Es war ja nicht so, daß man als Oppositioneller auf die Welt kam; vielmehr waren es viele Ereignisse, die uns zugestoßen sind oder die wir dann selbst zu beeinflussen versucht haben, welche zu einem Handeln führten, das ich durchaus als oppositionelles Handeln bezeichnen möchte, und zwar nicht nur, Herr Professor Jacobsen, um der Reform des DDR-Sozialismus willen, denn spätestens 1987/88 haben wir erkannt, daß eine Reform nicht unbedingt zu erwarten ist. Wenn Sie sich unsere Forderungen, die in diesen Jahren entstanden sind, anschauen, dann werden Sie auch sehen, daß mit diesen Forderungen das System nicht zu erhalten oder zu reformieren war, sondern daß sie auf ein grundsätzlich anderes System abzielten.

Wie das im einzelnen aussehen sollte, konnten wir im Jahre 1989, bevor die Mauer fiel, genausowenig wissen, wie das Herr Bahr gewußt hat, der sich ja noch für das nächste Jahrhundert den Status quo vorgestellt hat, oder wie das der Herr Strauß gewußt hat, der ja meinte, seine Enkel würden noch mit der

DDR zu leben haben. Da kann man uns also keine Vorhaltungen dahingehend machen, daß wir das damals nicht so gesehen haben. (Beifall)

Rainer Eppelmann, MdB: Wie die meisten meiner Vorredner muß auch ich ein wenig von mir erzählen, wenn ich von meiner Motivation für widerständiges Verhalten berichten soll, anderenfalls wird das nicht verständlich. Ich kann das nur vor diesem Hintergrund tun, weil ich glaube, daß man die Frage, wie man zu oppositionellem Verhalten kommt, nicht allgemein beantworten kann, daß es hier um persönliche Betroffenheit geht, die hoffentlich mit Verantwortungsgefühl für sich und für andere gepaart ist.

Wie Bärbel Bohley bin auch ich in Berlin geboren. Ich habe diese Stadt, solange ich in ihr lebe bzw. bewußt in ihr lebe, als eine geteilte Stadt in Erinnerung.

Mein Vater ist Zimmermann gewesen, meine Mutter gelernte Schneiderin und Hausfrau. Da meine Schwester nicht auf die Schule durfte, um das Abitur abzulegen, habe ich in den letzten drei Jahren vor dem Mauerbau in West-Berlin eine sogenannte Ost-Schule für Ost-Schüler besucht. Das alles ist mit dem 13. August 1961 zu Ende gegangen.

Danach war ich ein Jahr als Dachdeckerhilfsarbeiter tätig, habe dann Maurer gelernt, weil ich ursprünglich Architektur studieren wollte. Ein Vierteljahr lang bin ich dann auf einer Fachschule für Bauwesen in Berlin gewesen. Dort habe ich es aber nicht länger ausgehalten, weil ich drei Jahre lang auf dem West-Berliner Gymnasium streiten und selberdenken und -formulieren gelernt habe und es mir von daher nicht möglich war, auf einmal nur noch nachzubeten. Wegen permanenter Gastritis habe ich dort aufgehört.

Für mich ist der 13. August 1961 deswegen ein Schlüsselerlebnis gewesen. Mein Leben verlief von da an völlig anders als vorher, weil ich es – damals habe ich das noch nicht so schön ausdrücken können – als eine ungeheure Arroganz der Mächtigen, der Regierenden empfunden habe, daß diese so ohne weiteres, das heißt ohne mich überhaupt zu fragen, über mein Leben verfügten, indem ich von dem Zeitpunkt an dem nach Willen dieser Erlauchten fürs Leben eingesperrt gewesen bin.

Ich bin dann Bausoldat gewesen. Da fing das für mich an. Das ist Widerstand für mich selber gewesen. Da habe ich noch nicht an andere gedacht, sondern ich habe mir überlegt: „Für die, die dich da eingesperrt haben, nimmst du jetzt nicht auch noch die Knarre in die Hand und versprichst, daß du dein Leben dafür einsetzt, daß denen nichts passiert.“ Weil ich das auch in Form des Gelöbnisses nicht zusichern konnte, bin ich für acht Monate im Gefängnis gewesen. Vorher plus eineinhalb Jahre Bausoldatenzeit.

Zwischendurch habe ich noch Maurer gelernt. Danach bin ich in einer PGH tätig gewesen. Mir als inzwischen 26jährigem ist dann deutlich geworden, daß ich mir, da es diese DDR ja noch eine ganze Weile geben würde, einmal

überlegen müßte, wie ich mit den 75 Jahren umgehe, die ich als Lebenszeit etwa zur Verfügung habe. Da ich 25 Jahre arbeiten und 25 Jahre schlafen würde, blieben mir noch 25 Jahre übrig, in denen ich machen könnte, was ich wollte. Nach diesen Überlegungen bin ich auf den guten Gedanken gekommen, mir einen Beruf zu suchen, hinter dem ich stehe, um auf diese Weise nach Abzug von 25 Jahren des Schlafens 50 Jahre als Verfügungszeit zu haben und damit eine Menge mehr machen zu können. Der einzige Beruf, der mir unter Berücksichtigung der konkreten DDR-Verhältnisse dabei einfiel, war der des Pfarrers. Um genau zu sein, müßte ich hinzufügen, daß ich zu der Zeit noch so naiv gewesen bin zu glauben, daß es auch der Beruf des Journalisten hätte sein können, der mir ebenfalls Spaß gemacht hätte. Ich bin ja ungeheuer froh darüber, daß niemand auf den Gedanken gekommen ist, mich als Journalisten zu nehmen. (Heiterkeit)

In dieser Zeit habe ich mich übrigens nicht als Oppositioneller verstanden, um das noch einmal deutlich zu machen. Ich hatte ja bloß ein geltendes Recht in Anspruch genommen und war verwundert darüber, daß ich dafür Keile bekommen habe.

In der Zeit als Gemeindepfarrer ab Mitte der siebziger Jahre ist die Distanz und die Kritik gegenüber den Regierenden und gegenüber den Verhältnissen in der DDR eigentlich immer größer geworden, und zwar deshalb, weil ich auf einmal mit der Situation von Menschen konfrontiert wurde, die zu mir gekommen sind. Vorher hatte ich mehr oder weniger für mich oder in dem engen Raum der Familie gelebt. Auf einmal kamen jetzt Leute zu mir und weinten, klagten und erzählten. Je häufiger das passierte, um so größer wurde mein Grimm, und ich sagte mir, daß das so nicht weitergehen darf.

Ich habe nach Formen gesucht – ich verstand mich dann vom Ansatz her vielleicht als Reformier –, die dazu führten könnten, den Leuten ein Stück Hilfe zu geben dazu, in diesem Lande zurechtzukommen. Ich habe das gemeinsam mit Freunden mit den Blues-Messen ausprobiert. Außerdem hatte ich das große Glück, wenige Monate vor dessen Tod Robert Havemann noch kennenzulernen. Gemeinsam mit ihm habe ich den „Berliner Appell“ erarbeitet und veröffentlicht. Robert Havemann hat mir beigebracht, daß wir nur eine Chance haben, nämlich die, daß wir uns, wenn wir uns kontinuierlich widerständig verhalten wollen, Verbündete suchen, und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern auch über das eigene Land hinaus und indem man in die Öffentlichkeit geht, was zusätzlichen Schutz verschafft.

Von da an bin ich, zumindest an der Stelle, auch in Konfrontation zu vielen anderen in Friedenskreisen oder auch in meinem Kollegenkreis bzw. in Kirchenleitungen gegangen, die es für etwas ungeheuer Verwerfliches hielten, daß ich den Kontakt zu westlichen Diplomaten und zu westlichen Journalisten regelrecht gesucht habe, weil ich mir sagte, daß es für mich dazugehört, daß über diese DDR nicht nur das „Neue Deutschland“ und Erich Honecker

berichten und bestimmen, sondern daß ich selbst dazu beitragen muß, daß das Bild dieser DDR ein differenziertes Bild ist. Außerdem habe ich festgestellt, daß das etwas mit Schutz zu tun hat.

Dann entstanden „Friedensdekade“ – ich sage das jetzt einmal nur in Stichworten –, „Friedenswerkstatt“, eine Idee, die wir – wie das gestern und heute in Stichworten schon mehrfach angeklungen ist – von Jena übernommen haben, und auch das Seminar „Konkret für den Frieden“. Das ist die Gruppe gewesen, die die „Friedenswerkstatt“ vorbereitet und, nachdem sie die erste Veranstaltung durchgeführt hatte, gesagt hat: „Nun laßt uns bloß nicht nur Veranstaltungen mit Werkstattcharakter durchführen, sondern laßt uns auch inhaltlich arbeiten und das Ganze DDR-weit vernetzen.“ – Ich sehe uns noch in dem Gemeindehaus der Bartholomäus-Gemeinde sitzen, wo wir gesagt haben – ich weiß nicht, ob wir den Namen da schon genannt haben –: „So ein DDR-weites Seminar muß da stattfinden.“

Es hat Friedenspartnerschaften gegeben. Die Gemeinde, in der ich Pfarrer gewesen bin, hat versucht, und zwar als Entscheidung des Gemeindegemeinderates, mit sieben Kirchengemeinden außerhalb der DDR – und zwar ganz bewußt alles Kirchengemeinden in sogenannten NATO-Feindländern – solche Partnerschaften abzuschließen. Es ist sogar in mehreren Fällen gelungen, daß Vertreter dieser Kirchengemeinden zu uns gekommen sind; leider war das nur in Form dieser Einbahnstraße möglich. Wir haben miteinander Dinge inhaltlich erarbeitet und Gottesdienst abgehalten.

Noch ein Satz zu meinen Erfahrung in dieser Kirche: Diese Erfahrungen waren sehr unterschiedlich. Ohne Freunde, ohne Verbündete auch innerhalb dieser Kirche wäre das überhaupt nicht möglich gewesen. Wenn der Gemeindegemeinderat das, was wir da vorgehabt haben, nicht mitgetragen hätte, dann wäre das nicht möglich gewesen. Die Gemeindegemeinderäte waren die Bestimmer. Ein Pfarrer kann auf Dauer nicht gegen seinen Gemeindegemeinderat etwas machen.

Ich habe mich über die aber auch geärgert. Das war etwa dann der Fall, wenn Vertreter aus kirchenleitenden Gremien sagten: „Wenn du wüßtest, was wir alles wissen,“ – die wußten deshalb mehr, weil sie ökumenische Kontakte hatten und viel reisten – „dann würdest du ganz anders darüber reden.“ Sie haben nur nicht richtig erzählt, was sie alles wußten und was ich nun nicht sehen durfte. Ich habe mich darüber geärgert, daß es anfangs in unserer Kirche häufig nur vier oder fünf Personen gab, die zu allem etwas sagen konnten und die im übrigen zu allen internationalen Tagungen geladen worden sind. Andere konnten nicht zu solchen Tagungen fahren, selbst dann nicht, wenn sie eingeladen worden waren.

Ich weiß aber auch, daß dem Berliner Generalsuperintendenten Hartmut Grünbaum gedroht worden ist: „Wenn die Blues-Messe morgen stattfindet, dann marschieren wir da ein“, und daß der Bruder Grünbaum daraufhin

gesagt hat: „Dann müßt ihr einmarschieren. Ich werde keinen Gottesdienst absagen.“ – Ich glaube, auch an der Stelle muß man sich sehr genau anschauen, was los war.

Ich kann mich auch noch an Mitglieder im eigenen Gemeindegemeinderat erinnern, die aus Protest ihr Amt zunächst niedergelegt haben und ausgetreten sind, weil sie gesagt haben, daß sie mit der Friedensarbeit nichts zu tun haben wollten, die dann aber ein Jahr oder zwei Jahre später wieder zurückkamen und dann zu den Aktivposten gehört haben.

Ich glaube also, daß auch wir uns verändert haben, daß wir nicht mehr das gewesen sind, was wir am 17. Juni 1953 oder am 13. August 1961 waren.

Ein abschließender Satz: Man fragt dann ja auch: Wie kann man dabeibleiben? Bei mir jedenfalls war es so, daß ich nur deshalb dabeigeblichen bin, weil da Freunde waren, weil da Verbündete waren, und zwar auch innerhalb der Kirche, wie Stolpe, die dann den Schirm aufgehalten und auf unserer Seite gestanden sind. Noch folgendes auch ein bißchen in Richtung unseres verehrten Freundes Jacobsen: Ich habe den Willy Brandt verehrt. Schmidt ist für mich ein interessanter Mann gewesen. Das gilt auch für Barzel und für Wehner, um noch ein paar andere zu nennen. Lech Walesa, Gorbatschow, Reagan und, wenn Sie so wollen, auch Kohl sind für mich wichtige Menschen, wichtige Politiker gewesen. Aber lebensnotwendig für mich waren die Leute in der Gruppe, in der Gemeinde, und solche Leute wie Gert Weisskirchen, Stefan Schwarz, oder Journalisten wie Herr Baum oder Herr Schwarz, die uns Informationen mitgebracht, die Briefe geliefert haben. Das ist – bei allem Respekt vor dem Mann – Helmut Schmidt nicht gewesen. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Rainer Eppelmann. In den Beiträgen ist deutlich geworden, daß ein wichtiger Einschnitt für oppositionelles, widerständiges Verhalten das Jahr 1987 gewesen ist. Ich möchte Herrn Meckel die Frage stellen – auch er hat dieses Datum genannt –, welche Bedeutung das Jahr 1987 für seine konkrete politische Tätigkeit hatte.

Markus Meckel, MdB: Es ist schwierig, das in Kürze zu machen. Gleichwohl möchte ich versuchen, ein paar Dimensionen aufzuzeigen. Ich kann das auch nicht an einem einzelnen Jahr festmachen. Aber 1987 war schon ein wichtiges Jahr, weil in diesem Jahr Verschiedenes zusammenkam.

Die Abrüstungspolitik und die Gorbatschowsche Politik haben zusammen mit dem, was damals unter dem Stichwort „Neues Denken“ die Politik prägte, einen größeren Spielraum für die innenpolitischen Entwicklungen der Satellitenstaaten mit sich gebracht, die meines Erachtens übrigens auch vom Westen her nicht in genügendem Maße erkannt worden waren, die jedenfalls nicht zu einer neuen Konzeption führten mit dem Ziel, die eigene innere Demokratisierung dieser Staaten zu unterstützen. Das ist die eine Dimension. In dieser Zeit hat sich eine orthodoxe Achse der Betonköpfe